

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altkath.

Zeitungspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit“ und „Wolff und Jelt“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 15 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Westerntorplatz 10, Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Westerntorplatz 10, Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Brivierlieferung 10 Pf.

Nr. 50

Dresden, Donnerstag den 28. Februar 1924

35. Jahrg.

Der bayerisch-deutsche Sumpf

Poehner gegen Raahr — Jahrelange Vorbereitung des Staatsstreichs — Freies Geleit für Hochverräter — Die Adresse des unauffindbaren Kapitäns Ehrhardt — Raahr in einem Sanatorium angemeldet

Der Münchner Prozess entrollt Charakterbilder aus dem reaktionären Sumpfe, angeführt deren man sich wundern muß, wie diese Bewegung unter solcher Führung, mit solchem Kropfpaß an der Spitze, überhaupt diese Bedeutung gewinnen konnte, die sie seit längerer Zeit in Deutschland hat. Wir meinen nicht allein Hitler, der am ersten Verhandlungstage in der Art eines Fortbildungsschülers seine Auffassung vom Marxismus zum besten gab und damit verriet, daß er einiges gelesen und nichts verband hat. Immerhin ist er, wenn schon schwerer Vichovath und Hysteriker von Haus aus, doch ehrlich und mutig genug, sich zu seinem Irrtum und zu seinen Zielen zu bekennen. Aber diese Raahr, Loffow, Seiker, diese offiziellen Würdenträger des bayerischen Staates! Aus Hitlers Auslösen ging hervor, daß diese Stützen der Gesellschaft den Putsch vom November mit vorbereiteten und dieselben Ziele hatten, die Hitler und Genossen in tobtatiger Weise verfolgten.

Auch die geistige Vernehmung der Angeklagten Dr. Weber, Führer des Bundes Oberland, und Oberlandesgerichtsrat Poehner (ehemaliger Münchner Polizeipräsident vormaligen Angebots) ergibt das selbe Bild. Ja, Herr von Raahr hatte im November den Staatsstreikplan schon so weit fertig, daß man sich mit der Frage beschäftigte, wer am Tage nach dem Vordringen als Zivilgouverneur für Sachsen in Frage käme. Der Putsch vom 8. November war nur eine Frühgeburt. Raahr hatte einen väterlichen Termin im Auge, denn nach Poehners Aussage erklärte er im Bürgerbräukeller: „Man hätte noch warten müssen; in acht bis zehn Tagen hätte das mit Zustimmung von Norddeutschland gemacht werden können...“ Die Zustimmung aus Norddeutschland spielte schon in den Aussagen Hitlers eine Rolle, und Herr v. Graefe könnte ja als Zeuge näher Auskunft darüber geben, wer und welche Herren aus Norddeutschland das Signal von Bayern erwarteten. Der Vorwärts verweist ganz richtig darauf, daß in jenen Novembertagen in Berlin die gesamte Reichspressen für die Diktatur Stimmung zu machen versuchte, daß Herr Seigerat noch damals unwiderbrochen gebliebenen Pressenachrichten dem Reichskanzler Stresemann unter Berufung auf eine Aussprache, die er mit General v. Seeck gepflogen haben sollte, diese Diktaturforderung in fast ultimativer Form im Namen der deutschnationalen Partei erhob; und vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß gerade in jenen Tagen die Sozialdemokratie aus dem zweiten Kabinett Stresemann mit dem im Reichstag ganz offen kolportierten Argument Finanzgebräut wurde, daß es für die Reichswehr eine wesentliche „politische Entlastung“ bedeuten würde, wenn das Reichskabinett von „marxistischem Einfluß“ befreit wäre. Es entsteht daher nicht nur für die Reichswehr, sondern für unser gesamtes politisches Leben die äusserst unbehagliche Frage: Was wäre am 12. November in ganz Deutschland geschehen, wenn der Putsch in München nicht vorzeitig am 8. November ausgebrochen wäre? Wir hoffen, daß die weiteren Prozessverhandlungen auch diesen Punkt richtunglos klären werden, und zwar in aller Öffentlichkeit.

Während ist es, zu beobachten, wie das Münchner Gericht seine Pflicht zu tun versucht, ohne der Öffentlichkeit zu viel zu sagen. Z. B. wenn die Verteidigung fordert, daß Ehrhardt als Zeuge geladen wird, und der Staatsanwalt dazu erklärt, seine Adresse sei nicht bekannt. Wohl gemerkt, die Adresse eines städtischen Verwalters, der in Bayern öffentlich umherläuft, an Vereinberanstaltungen teilnimmt und das Recht der Öffentlichkeit mit nichten scheut, so daß die Verteidigung dem Staatsanwalt prompt antworten konnte: „Ehrhardt wohnt in München, Sendlinger-Tor-Platz 1.“ Ob Ehrhardt nun endlich vorgeführt wird und gleichzeitig seinem irdischen Richter zugeführt wird?

Rein, es ist wirklich eine wunderbare Ordnungsjelle, was sich da unten in Bayern unter Fakenkreuzfahnen und Hülfsweagenden Begönnerungen durch gewisse Reichsregierungen und Reichsminister entwickelt hat. Der ehemalige Polizeipräsident Poehner, der es ja wissen muß, erklärte: „Wenn das Hochverrat ist, was ich setzen habe, dann betreibt ich dieses Geschäft schon seit fünf Jahren...“ Sehr richtig, seit Jahren betreiben die Raahr, Seiker, Poehner und andere bayerische Minister a. D. oder a. D. samt ihren Mitarbeitern Ludendorff, Hitler, Ehrhardt und Genossen öffentlichen Hochverrat. Das Reich aber sah zu und rüstete — und zwar zur Exekutive gegen Sachsen und Thüringen. Das ist das Ungehörteste am bayerischen Skandal, und die bürgerlichen Parteien haben sich samt und sonders mitschuldig gemacht!

Nach einer Zeitungsmeldung will sich Herr von Raahr in ein Sanatorium zurückziehen, in dem er seit einiger Zeit bereits angemeldet sei. Er käme auf diese Weise um eine unbequeme Zeugnisaussage herum. Das wäre der im deutschen Rechtsstaate normale Verlauf. Aber Herr von Raahr fürchte sich die immerhin nicht unerheblichen Ausgaben für das Sanatorium sparen. Der Verbrecher Ehrhardt, dem Herr Raahr freies Geleit verschafft, läuft so auch frei herum und wurde bis heute nicht gefangen!

Webers und Poehners Vernehmungen

München, 27. Februar. (Fig. Draht.) Nach der agitatorischen Rede Hitlers am Dienstag war zu Beginn des zweiten Verhandlungstages das Interesse etwas abgeklaut. Das Publikum und die Pressevertreter drängten sich nicht mehr in den Gängen und dem Sitzungssaal wie am ersten Tage. Die Angeklagten trugen eine beinahe heitere Lebhaftigkeit zur Schau. Die Sitzung beginnt mit einigen Fragen des Gerichts an Hitler. Dann wird in die Vernehmung des Angeklagten Dr. Weber eingetreten, des ersten Vorsitzenden des Bundes Oberland. Weber, ein Oberbayerischer Kämpfer, schildert zunächst die Entwicklung des Bundes bis zum Zusammenschluß im Kampfband am 1. September 1923. Er betont dabei, daß Oberland am härtesten außenpolitisch eingestrichelt war, um den Versaillesvertrag zu brechen. Für den Bund seien nicht entscheidend gewesen die innerbayerischen Angelegenheiten, sondern die Lösung der großdeutschen Frage. Der Bund, der in ganz Deutschland verbreitet und in allen Schichten und Klassen des Volkes verankert sei, sei wohl der einzige vaterländische Verband, der sich ganz aus eigenen Mitteln erhält. Die Mitglieder müßten große Opfer bringen. Im Osten Deutschlands seien auf einzelnen Orten ein Drittel bis die Hälfte der Bevölkerung im Oberland organisiert, in Bayern ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung, die Studentenschaft und in einzelnen Industrieorten, wie Nürnberg und Hof, Teile der Arbeiterchaft. Als Oberland mit dem Führer der nationalsozialistischen Bewegung, Hitler, in nähere Verbindung kam, sei es ganz selbstverständlich gewesen, daß die Gleichheit der inneren Grundbeziehung zu einem engen Zusammenschluß führen mußte. Mit Ludendorff bestanden Beziehungen seit den Kämpfen in Oberschlesien, wo dem General regelmäßig Bericht erstattet wurde.

Besonderes Interesse erregte die Mitteilung des Angeklagten, daß er bereits im August 1923 von maßgebenden bayerischen Stellen, auch einmal von Justizministerium, in Kenntnis gesetzt worden sei von der Einsetzung eines mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteten Generalkommissars, als der Raahr ausreisen war. Damals bestand schon Heberer-Einstimmung darüber, daß von diesem Diktator die deutsche Frage entscheidend in Angriff genommen und gelöst werden müsse. Im Laufe des September habe ich, so fuhr Weber fort, von einer für mich maßgebenden hohen Stelle, die ich unter Aufsicht der Öffentlichkeit nennen werde, neue Mitteilungen über diese Angelegenheit erhalten. Die in der Öffentlichkeit nachträglich

gegebene Begründung für die Schaffung des Generalkommissars entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Mit uns im Kampfband war es klar, daß die Beschränkung der Diktatur auf Bayern nicht zum gewünschten Ziele führen werde. In der letzten Besprechung mit Seiker, dem ich persönlich seit längerer Zeit nahe stehe, am 1. November, wurden die Rollen genau verteilt, wie sie im Bürgerbräukeller dann auch durchgeführt wurden. Seiker war völlig einverstanden, er äußerte bei dieser Besprechung nur Bedenken wegen der Finanzierung. Er sagte auch, daß er nochmals nach Berlin fahren, sich die Situation ansehen und mit Seeck in Rührung treten werde. Hitler erklärte in dieser Besprechung datenmäßig: „Herr Oberst, handeln Sie rasch; wenn Sie von Berlin zurückkommen und nicht handeln, muß ich den Putsch zum Abbruch für Sie und Loffow vorbereiten.“ Bei der berühmten Besprechung Raahrs mit den vaterländischen Verbänden aller Art am 8. November im Generalkommissariat führte Raahr aus, daß zur Lösung der deutschen Frage der Weg bis zu Ende beschritten werden müsse.

Man sei auf dem bisherigen Wege nicht zu diesem Ziele gekommen, und darum müsse man jetzt den anomalen Weg vorbereiten.

Dazu seien noch gewisse militärische, finanzielle und ernährungswirtschaftliche Maßnahmen notwendig, die teilweise schon getroffen seien. Er werde die schwarzweitere Frage von Bayern aus lösen. Als Eindruck dieser Besprechung hat Raahr habe ich nachher Hitler mitgeteilt, daß Raahr zum erstenmal vor einem höheren Kreis seine völlige Heberer-Einstimmung mit den Zielen Hitlers zum Ausdruck gebracht habe.

Heberer die Vorgänge im Bürgerbräukeller und im Nebenzimmer äußerte sich Weber in völliger Heberer-Einstimmung mit Hitler. Die Besetzung des Bahnhofs sei in der Besprechung am 7. November beschlossen worden, um zu verhindern, daß die Ostzüge nach verschwinden könnten. Denn es habe daran gelegen, dieses Gefindel unter allen Umständen hier zu behalten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es richtig sei, daß schon zwischen 11 und 1 Uhr nachts im Wehrkreiskommando, wo Ludendorff bereits die Geschäfte für die Deutsche Nationalarmee führte, Gerüchte aufgetaucht, daß ein Wandel eingetreten sei, erklärte Weber: Ein Offizier habe solchen Zweifel geäußert, Ludendorff habe sich aber diese Neuerung verbeten mit dem Hinweis, Loffow habe sein Wort gegeben, ein deutscher Offizier broche sein Wort nicht. Bis zum Mittag des 9. November seien keine zuverlässigen

Der erste Stich gegen die Arbeiterregierung

London, 27. Februar. (Fig. Draht.) Im Unterhaus wurden am Mittwoch erneut verschiedene Anfragen an die Regierung gestellt, die sich auf die Erklärungen des Innenministers Henderson über die Notwendigkeit der Revision des Versailles-Vertrages bezogen. MacDonald nahm in seiner Antwort Bezug auf seine Unterhausrede gelegentlich der Anfrage Lord Georges zu dem gleichen Gegenstand. Das Kabinett habe die Erklärungen in der Art wie sie von Henderson geschah, abgegeben und nur die Erklärungen des Kabinetts selbst seien bestimmend für die Politik der Regierung. Der ehemalige konservative Unterstaatssekretär und Außenminister Mac Reill unterstrich, daß MacDonald, seit er Premierminister ist, niemals etwas Ähnliches wie Henderson gesagt habe. MacDonald antwortete: Das ist richtig, und daher beabsichtigt die Regierung nichts zu tun. Mac Reill äußerte fortwährend, daß MacDonald gezwungen sei, trotzdem mit Rücksicht auf die alarmierende Wirkung der Rede des Innenministers, seine Ansichten über die von Henderson betonte Notwendigkeit der Vertragsrevision nunmehr vor dem Parlament klar auszusprechen. MacDonald betonte, die Regierung sei lediglich verantwortlich für das, was sie selbst offiziell erklären lieh, aber für nichts mehr. Schließlich beantwortete Mac Reill, daß das Haus entschieden zu erkennen gebe, daß öffentliche Gegenstände in den Aufstellungen der Minister über die auswärtige Politik und über den Friedensvertrag mit Rücksicht auf die alliierten Länder in Zukunft zu unterbleiben hätten. MacDonald beharrte jedoch darauf, daß seine Erklärungen genügen müßten. Der konservative Abgeordnete Grimshy unterstrich die den Antrag Mac Reills und betonte, daß die große Aufmerksamkeit, die die französischen und italienischen Blätter der Rede Hendersons geschenkt hätten, die Angelegenheit zu internationaler Bedeutung gebracht hätte und deswegen die Haltung der Regierung bezüglich des Versailles-Vertrages erneut scharfgeleitet werden müsse. Alle konservativen und mehrere liberale Abgeordnete traten dann für den Antrag ein. Es wurde beschlossen, die Debatte darüber noch am Abend zu eröffnen.

Henderson zu Fall gebracht?

London, 28. Februar. (Fig. Draht.) Die erneute Debatte über die Rede Hendersons am Mittwochabend um 5 1/2 Uhr im Unterhaus, führte vorläufig nicht zu einem Sieg der Opposition. MacDonald sah sich zwar im Verlaufe der Abenddebatte veranlaßt, noch mehr als bisher von Henderson abzurufen, ohne daß er aber der Forderung Mac Reills nachkam und eine endgültige Erklärung über die Stellungnahme seiner Regierung zum Versailles-Vertrag abgab. Er beharrte sich auf die Erklärung, daß Henderson seine Behauptung selbst als Privatäußerung betrachtete und mit dieser Äußerung eine jede Ministererklärung nur als offiziell betrachtet werden könne, wenn sie im Auftrag des Kabinetts erfolge. Baldwin erklärte nach dieser Äußerung des Ministerpräsidenten, daß seine Partei nicht mehr

auf einer namentlichen Abstimmung bestehen werde. Allgemein herrscht trotz des für die Regierung nicht ungünstigen Ausgangs der Debatte die Meinung vor, daß die Regierung MacDonald den ersten Stich erhalten hat und nach den Erklärungen MacDonalds der Rücktritt Hendersons schwer zu vermeiden sein wird.

Abrüstungsdebatte bei den Lords

London, 27. Februar. Im Oberhaus fragte Lord Cecil, welche Schritte die Regierung in der Frage der Einschränkung der Rüstungen zu unternehmen beabsichtige. Der Redner bezeichnete es als notwendig, daß die britische Regierung ein Programm bereitstelle, um es der Völkerbundversammlung im September vorzulegen. Lord Parmoor erwiderte, die Regierung erwäge die Schaffung eines Ausschusses und werde ihre Beschläge zum frühestmöglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Initiative in der Abrüstungsfrage müsse jedoch von der Völkerbundversammlung und nicht von der britischen Regierung kommen. Die durch die Völkerbundabstimmung vorgesehene Methode des Verfahrens sei, daß die Völkerbundversammlung den Regierungen Vorschläge unterbreite. Lord Grey forderte, daß die Regierung schon bis Ende September zu Entschlüssen gelangt. Lord Parmoor erklärte: Bis Ende September werde die Regierung in der Lage sein, ihre Ansicht sehr deutlich mitzuteilen. Die Regierung wünsche nicht nur, eine Völkerbundpolitik zu machen, sondern sie wüßte auch die Bedeutung der Abrüstungsfrage. Lord Birkenhead erwiderte: Man habe jetzt mit einem einzigen Lande in Europa zu rechnen, das sei Frankreich. Alle Engländer hätten den ausdrücklichen Wunsch, freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich aufrechtzuerhalten. Habe man aber in Frankreich ein Bestreben gesehen, Abrüstungen durchzuführen? Habe Frankreich sein Heer demobilisiert? Stimme es dem Inhalt und Geiste der Grundzüge der Washingtoner Konferenz zu? Niemand in der Welt habe im gegenwärtigen Augenblick die geringste Absicht, abzurufen.

Vordringliche Fortführung der Rüstungen

London, 27. Februar. Die Wälder melden: In einer Fraktionsstimmung der englischen Arbeiterpartei, die sich mit der Frage der Abrüstung beschäftigte, trat Ramsay MacDonald dafür ein, vorläufig die von den konservativen übernommene Rüstungspolitik fortzusetzen, und zwar so lange, bis bindende Abmachungen mit anderen Ländern über eine gleichzeitige Abrüstung getroffen sind. Die englische Arbeiterpartei billigt durch ein Vertrauensvotum diese Haltung der Regierung.